

Für eine neue  
Rollenbestimmung und ein  
korrigiertes Selbstverständnis  
des Westens

# Koexistenz der Kulturen

Heinz Theisen

Die heutigen Europäer sind kulturell relativistisch und politisch universalistisch. Diese Paradoxie erklärt sich aus der verbreiteten Annahme, dass die westliche Kultur nichts Besonderes ist und fremde Kulturen nur scheinbar fremd sind, in Wirklichkeit aber qua einer höheren Universalität so sind wie wir. Wirkliche Fremdheit wird nicht zugelassen. Demnach wäre der Frieden umso gesicherter, je näher sich die Kulturen kämen, unsere Handlungsfähigkeit wäre umso größer, je weiter sich Europäische Union und NATO ausdehnt. Es könnte auch orthodox oder islamisch geprägten Ländern nichts Besseres widerfahren, als Mitglied unserer Bündnisse oder zumindest von uns demokratisiert zu werden.

Doch weder der Kulturrelativismus noch der politische Universalismus passen zur weltweiten Wiederkehr von Kulturen. Europas Kulturrelativismus hilft nicht bei der Integration von Einwanderern und auch nicht bei der Suche nach der neuen Rolle des Westens in der multikulturellen Welt. Er nimmt weder die eigenen Werte noch die anderer Kulturen ernst. Auch deren Werte erscheinen ihm relativ, jederzeit integrierbar, manipulierbar und änderbar. Doch je mehr die Globalisierungsprozesse eine Weltzivilisation ausprägen, desto mehr bestehen Kulturen auf ihrer Eigenwertigkeit. Kulturen sind nicht gleich und wollen es nicht sein. Ihr lateinischer Wortsinn („bauen und bewahren“) deutet an, dass es sich bei Kultur im Gegensatz zu Ideologien um langsam gewachsene Traditions-

und Wertebestände handelt, die auch nur langsam änderbar sind.

Kulturen werden oft konstruiert, um sie für politische und ökonomische Zwecke zu missbrauchen, aber auch Konstrukte sind Realitäten, mit denen zu rechnen ist. Kulturen werden aber nicht nur missbraucht, sondern auch gebraucht. Max Weber hatte Kultur als einen vom Standpunkt des Menschen aus mit Sinn und Bedeutung bedachten Ausschnitt aus der sinnlosen Unendlichkeit des Weltgeschehens definiert. Als Element der Sinngebung prägen sie Werte und Selbstverständnis des Menschen. Gesellschaften seien auf Dauer nur stabil, wenn sie auf einem solchen gemeinsamen Sinnhorizont aufbauten.

Bei „Integration“ und „Universalität“ handelt es sich um regulative Ideen, die aber nicht mit der Realität verwechselt werden dürfen. Unsere Werte sind universal. Den Anspruch auf die Universalität der Menschenrechte kann der Westen nicht aufgeben, ohne seine Identität aufzugeben. Aber es gehört zur Politik als „Kunst des Möglichen“, die kulturellen Grenzen des Möglichen zu erkennen und den eigenen Handlungskreis realistischer als bisher zu bestimmen. Der Westen wird sich in der neuen multikulturellen Welt nicht zurechtfinden, wenn er sich nicht auf seine Kultur zu besinnen und nach innen und außen ihre Grenzen zu erkennen versteht.

Die relativistische Einwanderungs- und Integrationspolitik behauptete sich jahrzehntelang mit den Mitteln der *politi-*

*cal correctness*, die über die schnell sichtbar werdenden Probleme Denk- und Redeverbote verhängte. So wäre es inkorrekt gewesen, die Unterschiede in der Lern- und Anpassungsbereitschaft der unterschiedlichen Kulturen zu thematisieren und zwischen koexistenzfähigen, integrationsfähigen oder inkompatiblen Kulturen zu differenzieren.

## Grenzen der Integration

Da sich Kulturen durch ihre Werteordnungen und durch die daraus hervorgehenden Identitäten unterscheiden, ist eine kulturelle Integration ein Widerspruch in sich selbst. Eine politische Integration ist möglich, wenn zuvor eine Koexistenz der Kulturen erreicht wurde. Forcierte Integrationsbemühungen können sogar Schaden anrichten, weil eine kulturelle Integration gegensätzlicher Werteordnungen die Assimilation einer der Kulturen erfordert. Keine der großen Kulturen in Europa ist dazu bereit. Eine Politik der Koexistenz belässt es beim Nebeneinander. Aber anders als im Multikulturalismus muss dieses Nebeneinander an Voraussetzungen gebunden werden. Sie erfordern keine Gemeinsamkeiten, aber umso mehr Gegenseitigkeiten der Toleranz, Religions- und Meinungsfreiheit, sozialen Teilnahme und Teilhabe und bei Rechten und Pflichten. Eine Koexistenz der Kulturen erfordert eine Einwanderungs- und Integrationspolitik, in der das Fördern und Fordern dieser Gegenseitigkeiten im Mittelpunkt steht.

Zweifellos ist es sinnvoll, nach gemeinsamen Grundwerten der ethischen Traditionen in den verschiedenen Religionen zu suchen. Der Minimalkonsens eines „Weltethos“ dient aber nur einer Koexistenz und nicht einer Integration der Kulturen. Diesem ethischen Minimum fehlt es an der Verbindlichkeit, die für Integrationsprozesse notwendig wäre. Treibt man die Übereinstimmungen zu weit, werden ihre ethischen Normen so dehn-

bar und ohnmächtig, dass sie nur ein Beitrag zu einer Kultur der Beliebigkeit sind. Versucht man hingegen, die Übereinkünfte zu vertiefen, brechen die Widersprüche zwischen den Religionen auf. Es ist kein Zufall, dass räumliche Annäherungen der Kulturen mit fundamentalistischen Tendenzen einhergehen.

Der Westen und die islamische Welt können sich leicht auf den Wert von der „Würde des Menschen“ einigen. Sobald sie sich auch noch über den konkreten Inhalt dieses allgemeinen Wertes einigen wollen, wird es prekär. Die vollständige Hingabe des Menschen an Gott im Islam steht sowohl dem jüdisch-christlichen Freiheits- und Persönlichkeitsverständnis als auch den aufklärerischen Autonomieansprüchen, die dem Individuum Freiheit und Verantwortung zuweisen, diametral entgegen. Im Islam sind Menschen vor allem Geschöpfe Allahs, dem sie allein ihre Würde verdanken. Ihre Bestimmung liegt nicht in der Selbstentfaltung, sondern in ihrer durch Allah gegründeten Vereinigung als Gleiche ohne Ansehen ihrer sonstigen Unterschiede. Umso gravierender wird dadurch die Ungleichheit zwischen Gläubigen und Ungläubigen. Gleichheit und Integration von Christen sind selbst in moderaten islamischen Ländern wie der Türkei nicht gegeben.

Hinsichtlich religiöser Wahrheitsfragen können wir nur darin übereinstimmen, nicht übereinzustimmen. Interreligiöse Dialoge drohen die Unterschiede oft noch zu verhärten. Umso bedeutsamer sind daher interkulturelle Dialoge über die Rolle der Religion in der Gesellschaft, über Konsequenzen, mögliche Kompromisse und notwendige Abgrenzungen. Für eine Koexistenzfähigkeit in einer säkularen Ordnung lautet die Frage, ob eine Kultur die gegebenen individuellen Rechte und politischen Pflichten zu respektieren bereit ist. Wo dieser kulturelle Minimalkonsens nicht erreichbar ist,

endet auch die politische Integrationsfähigkeit.

Während die herkömmliche Integrationspolitik Nähe aufzubauen sucht, sollte eine Politik der Koexistenz die kulturelle Distanz und Fremdheit voraussetzen. Ein konfessionsübergreifender religiöser und ethischer Schulunterricht ist demnach eine interkulturelle Utopie. Hinsichtlich der notwendigen Distanz der Religionen hat Europa ein bewährtes Modell anzubieten. Die Koexistenz sowohl von Staat und Religion als auch zwischen den Religionen wurde im Westfälischen Frieden von 1648 festgeschrieben. Seitdem lebten Protestanten und Katholiken nebeneinander, und erst seit einigen Jahrzehnten leben sie miteinander. Ihre Scheidung und Abgrenzung haben sich als friedensförderlich erwiesen, ein Modell im Zusammenprall der Weltreligionen.

Umso wichtiger wird darüber eine gemeinsame politische Bildung in der Schule. In den Integrationskursen muss sich die politische Leitkultur klar definieren und zur Not auch abgrenzen. Die Erhaltung von Offenheit und Pluralität erfordert Grenzen der Offenheit und Pluralität. Die offene Gesellschaft hat ihre Grenzen in der Offenheit und Toleranz selbst; sie fordert eine Abgrenzung gegenüber denjenigen, die Offenheit und Toleranz missbrauchen. In einer offenen Gesellschaft ist eine kulturelle Integration von ihrerseits offenen Religionen nicht nötig, weil Vielfalt ja die Leitkultur der pluralistischen Gesellschaft ist. Umso größer sind die Integrationsprobleme bei denjenigen, die ebendiese Pluralität ablehnen. Hier ist eine Unterscheidung von Inklusion und Exklusion unabweisbar. Kein Verein kann darauf verzichten, Mitgliedern den Ausschluss anzudrohen. Jedes soziomoralische Gebilde bildet sich – so Karl Otto Hondrich –, indem es zusammenfügt und eingliedert, was seinen Vorstellungen von gut und richtig ent-

spricht, und ausgliedert, was dagegen verstößt. Wo nach erfolgter Einbürgerung eine Ausgliederung nicht mehr möglich ist, müssen die staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gegenseitigkeiten umso konsequenter eingefordert werden.

## Grenzen des Universalismus

Wenn Staaten ihre Bürger schutzlos der globalen Konkurrenz ausliefern, droht die Wiederkehr eines „negativen Nationalismus“. Es gibt heute mehr Staaten auf der Welt als je zuvor. Parallel zu den Grenzenlosigkeiten der Globalisierung wachsen die Bedürfnisse nach lokaler Steuerung. Grenzen erfahren darüber eine Renaissance. Eine zugleich multikulturelle und multilaterale Welt kann nur in eine multipolare Weltordnung überführt werden, wenn die Grenzen zwischen den Kulturkreisen akzeptiert werden. Der Westen behindert die Neuordnung anderer Kulturkreise, wenn er Länder wie die Ukraine und Georgien aus dem russisch-orthodoxen Kulturkreis herauszulösen und in seine Bündnisysteme zu integrieren versucht.

Die militärischen Interventionen des Westens in nicht westlichen Kulturkreisen sind – ob in Algerien, Vietnam, Irak und Afghanistan – notorisch erfolglos. Selbst unsere besten Absichten stoßen gegen die Eigenlogik fremder Kulturen. Der politische Universalismus droht in einer Welt von Gegnern zu enden. Die Außenpolitik von George Bush lässt sich in seinem Satz zusammenfassen: „Das Überleben der Freiheit in unserem Land hängt zunehmend vom Erfolg der Freiheit in anderen Ländern ab.“ (2005) Dieser die Grenzen der Kulturen ignorierende Freiheitsbegriff hat zur finanziellen, militärischen und moralischen Überdehnung des Westens geführt. Es wäre aber zu billig, Bush zum alleinigen Sündenbock einer verfehlten westlichen Außenpolitik nach 1990 zu machen. Bush

hat die vorgefundenen Grundsätze des westlichen Universalismus nur auf die Spitze getrieben, sodass ihre Absurdität offenkundig wurde.

Für eine atmosphärische Entspannung zwischen den Kulturen hat Barack Obama mit guten Worten zu werben versucht. Aber auch bei ihm lebt der westliche Universalismus in seiner idealistischen Variante weiter. „Es ist die Mission der Vereinigten Staaten, für globale Führung zu sorgen, gründend auf der Erkenntnis, dass es nur eine gemeinsame Sicherheit und eine menschliche Gemeinschaft auf der Welt gibt.“ (2007) Auch dieser Führungsanspruch bricht sich bereits an den Realitäten der entstehenden multipolaren Welt, in der es nicht mehr um globale Führung, sondern nur noch um globale Kooperation auf Augenhöhe geht. Diese setzt vor allem den gegenseitigen Respekt der kulturellen Grenzen voraus.

Auf der militärischen Ebene wird eine Koexistenz der Kulturen der alten und zu Unrecht fast vergessenen Strategie des Kalten Krieges von Abschreckung, Eindämmung und gegebenenfalls Entspannung ähneln. In dem ideologisch unlösbaren Antagonismus des Ost-West-Konflikts und angesichts der militärischen Gefahren war kein anderer Weg als der eines Nebeneinanders verblieben. Handel und Kredite trugen dazu bei, den Feind zum Gegner und selektiv zum Partner zu transformieren. Über gegenseitige Interessen hinaus gab es keine Universalität und keine Integration zwischen West und Ost; die Welt wurde nur stabil und für die Zukunft offen gehalten.

Die kommunistische Ideologie verstand unter dem Grundsatz der friedlichen Koexistenz nur eine Art Waffenstillstand bis zur erwarteten Weltrevolution, und auch Dschihadisten hegen entsprechende Hoffnungen auf ihren Endsieg. Solche Visionen können wir aussitzen, wenn wir die Kernelemente unserer

Kultur zu behaupten verstehen. Der totalitäre Islamismus ist ein Feind der offenen Kultur, wie es das Sowjetsystem war. Der Westen wird wie zuvor mit totalitären politischen Mächten auch mit totalitären religiösen Kräften wie der Hamas und den Taliban leben müssen.

Die NATO war bis 1990 das erfolgreichste Bündnissystem der Weltgeschichte. Der Historiker Paul W. Schroeder benennt dafür drei Voraussetzungen. Erstens habe es innerhalb des Bündnisses einen Konsens über eine praktische und konkrete Definition von Frieden gegeben. Zweitens habe das Bündnis auch zur politischen Integration sowohl auf der atlantischen als auch auf der europäischen Bühne beigetragen. Drittens habe man nicht auf die Zerstörung des gemeinsamen Feindes gedrängt, sondern sich mit dieser Bedrohung arrangiert. Aus diesem Erfolg gelte es, für die Auseinandersetzungen mit dem Terror, mit Schurkenstaaten und gescheiterten Staaten zu lernen. Diese existieren seit Jahrhunderten und ließen sich nie ein für alle Mal ausrotten. Durch eine Universalisierung ihrer Mission sei die NATO in große Gefahr geraten, ihre Definition vom Frieden in allgemeinen Demokratisierungs- und Entwicklungsprojekten zu verwässern.

## Realpolitik der Kulturen

Zur Koexistenz der Kulturen gehört in letzter Konsequenz, auch weiteren nicht westlichen Großmächten die Atombombe zuzugestehen. Der israelische Militärexperte Martin van Creveld äußert Verständnis dafür, dass die iranischen Mullahs eine Atombombe wollen. Wo immer diese hinschauten, nach Westen in Richtung Irak, nach Nordosten in Richtung Zentralasien, nach Osten in Richtung Afghanistan oder nach Süden in Richtung Golfregion – überall seien sie umzingelt von den Soldaten Amerikas, gegen deren konventionelle Streitkräfte der Iran keine Chance hätte. Es bestehe kein Zweifel,

dass die Mullahs ihre Bombe weiterbauen würden. Während der vergangenen sechzig Jahre hätten die USA jedes Mal aufgeschrien, wenn eine andere Nation Atomwaffen angestrebt habe. Ihre Einführung habe aber zur Stabilisierung der jeweiligen Region beigetragen. Sollte Amerika das Atomprogramm militärisch beenden, werde Iran am Persischen Golf und gegen Israel Vergeltung üben. Eine Welt, die gelernt habe, mit neun Nuklearmächten zu leben, werde auch mit zehn zurechtkommen. Die USA müssten allerdings in der Golfregion stationiert bleiben, weil nur ihre Präsenz die Iraner eindämmen könne.

Abschreckung und Eindämmung bleiben unverzichtbare Bestandteile der Koexistenz und müssen auch gegenüber Taliban und El Kaida gelten. Raketenschläge gegen Ausbildungslager wären wirkungsvoller als politische Interventionen, die von Feindeseite oft erfolgreich zu allgemeinen Kulturkriegen uminterpretiert werden. Die Alternativen zum Universalismus liegen weder im Pazifismus noch im Isolationismus. Statt um solche Gegenextreme geht es um realpolitische Mittelwege. Innergesellschaftlich wie international brauchen wir eine Realpolitik der Kulturen, die mit den politischen Beständen rechnet, kulturelle Grenzen in Rechnung stellt und statt allgemeiner Gemeinsamkeiten nur konkrete Gegenseitigkeiten anstrebt.

Der Westen sollte sich darauf beschränken, seine eigenen Modelle so anziehend wie möglich zu machen, und sie damit zur Nachahmung empfehlen. Die bisherige Dominanz des Westens geht zu Ende. Fünfhundert Jahre lang hat der „weiße Mann“ die Welt beherrscht. Heute – so Peter Scholl-Latour – sei der Westen auf dem Rückzug, die ehemaligen Kolonialvölker drängten nach vorn – demografisch, ökonomisch und machtpolitisch. Dem Westen stehe die Anpassung an eine inferiore Rolle bevor, als ein Ak-

teur unter mehreren Akteuren. Die notwendige Selbstbescheidung hat auch Vorteile, weil sie zum Beispiel Russland und China dazu zwingen wird, sich ihrerseits etwa in Afghanistan zu engagieren und die Rolle einer Weltpolizei nicht mehr allein dem längst überforderten Westen aufzubürden.

Umso mehr wir uns aus fremden Kulturräumen zurückziehen, desto mehr Recht haben wir auf die Behauptung unseres eigenen Kulturraums. Mit einem Bruchteil der Energie, die der Krieg in Afghanistan kostet, hätten unsere Sicherheitsorgane in Hamburg und in den USA den 11. September 2001 verhindern können. Es ist an der Zeit, die Strategien des Westens auf eine größere Selbstbegrenzung nach außen und auf mehr Selbstbehauptung nach innen auszurichten. Der Westen sollte sich weiterhin für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit engagieren, sich dabei aber auf die evolutionären Entwicklungen von Bildung, Wissenschaft, Technik und Ökonomie beschränken. Eine indirektere Einflussnahme wird – wie im Kalten Krieg – den Frieden möglicher machen und zugleich westlichen Idealen neuen Glanz verschaffen.

Ob in der neokonservativen, neoliberalen oder in der idealistischen Variante: Der Westen wird weder sein relativistisches Integrationsverständnis noch sein universalistisches Weltordnungsverständnis durchhalten können. Das Wechselverhältnis zwischen Expansionismus, Wohlstand und Freiheit, in dem das eine das andere verstärkt, droht sich in sein Gegenteil zu verkehren: Die Überdehnungen des Westens gefährden unseren Wohlstand und damit auch unsere Freiheit. Eine Koexistenz der Kulturen würde dagegen die Räume offen halten für eine neue Form der Universalität, die nicht mehr auf der Dominanz einer Kultur, sondern auf Konvergenzen und Gegenseitigkeiten vieler Kulturen beruht.